

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 14 (1973)  
**Heft:** 2

**Artikel:** Der etablierte Amin : Uganda als Freund der Araber, Osteuropa und - Grossbritanniens  
**Autor:** Tickle, Ian  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1095058>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Uganda als Freund der Araber,  
Osteuropas und – Grossbritanniens

# Der etablierte Amin

Von Ian Tickle

Letztes Jahr hatte der ugandische Präsident General Amin verschiedentlich Aufsehen erregt. Er schickte zunächst einige hundert israelische Entwicklungshelfer fort und wies dann einige zehntausend in seinem Land ansässige Asiaten aus. Dann lobte er öffentlich Adolf Hitler für seine Lösung der Judenfrage. Inzwischen ist der General mit einem antizionistischen und antikolonialistischen Image international salonfähig geworden.

Präsident Amin legt heute anscheinend Wert auf ein gutes Image im Ausland. Und darunter ist, wenn man die momentan erhältlichen Indizien zusammennimmt, erstaunlicherweise fast jedes beliebige Ausland zu verstehen, mit Ausnahme Israels natürlich, das heute schon viele deshalb ächten zu müssen vermeinen, um es mit möglichst wenig andern Ländern zu verderben. Sonst aber sucht Amin ein gutes Auskommen nicht nur mit seinen gegenwärtigen Geldgebern und mit jenen Staaten, die mit seiner Politik gewisse Gemeinsamkeiten haben, sondern ausgesprochen auch mit Ländern, mit denen er sich in den letzten Monaten kräftig angelegt hatte, so mit Grossbritannien und Tansania.

## Arabisches Geld und antiisraelische Zinsen

Bei alledem ist Geld die grosse Hauptsache, denn solange der General seine Armee zu bezahlen vermag, darf er sich seiner Macht sicher fühlen. Das ist auch mit ein Grund, weshalb er sich den Interessen der arabischen Welt so sehr verschrieben hat. Libyen und Saudi-Arabien haben ihm ganz beträchtliche finanzielle Unterstützung gewährt, und schon als Gegenleistung tut er alles, was er kann, um die antiisraelische Einstellung auf dem Kontinent zu fördern.

Es hängt anscheinend unter anderem mit einer diplomatischen Offensive Ugandas zusammen, dass verschiedene afrikanische Staaten ihre Beziehungen zu Israel abgebrochen haben und dass vermutlich weitere Staaten ihrem Beispiel folgen werden. Auf jeden Fall beansprucht Uganda ganz offiziell das Verdienst an dieser Entwicklung, wie denn auch die drei betreffenden Staaten nach ihrer antizionistischen Tat prompt durch den Besuch von Ugandas Aussenminister Wanume Kibedi belohnt wurden.

## Lobt nicht nur Adolf Hitler, sondern auch andere sozialistische Führer

Kampala wiederum ist ebenfalls erneut das Ziel brüderlicher schwarzafrikanischer Besuchsdiplomatie geworden, so aus Nigeria, Ghana und Zaire (dem früheren Kongo-Kinshasa).

Eine ausserkontinentale Präsenz von Wichtigkeit hat sich durch Delegationen aus der DDR und Ungarn angekündigt. Die Sowjetunion ist vorläufig mittelbar im Kommen; es wäre ja seltsam, sie irgendwo nicht anzutreffen, wo Aenderungen stattgefunden haben. Dass die

Aenderungen sich unter den Vorzeichen von Rassismus und Lob für Adolf Hitler anliessen, stört sie weiter nicht. Im übrigen hat Amin nicht nur Adolf Hitler gelobt, sondern hat in seiner Rede vom 18. Dezember auch sehr freundliche Worte für die kommunistisch regierten Länder gefunden.

Von unmittelbarer politischer Relevanz sind natürlich die Visiten von arabischen Führern, wie vom saudiarabischen König Feisal und vom libyschen Präsidenten Gaddafi, denn sie bedeuten Geschäft und Gegengeschäft.

## Wie man Rassismus vergessen macht

Im übrigen ist man namentlich in den afrikanischen Ländern sehr erleichtert darüber, dass die Ausweisung der Asiaten aus Uganda abgeschlossen ist und kein aktuelles Traktandum mehr bildet. Obwohl sich die meisten Politiker des Kontinents damals ausgeschwiegen hatten, waren sie doch recht peinlich vom Rassismus berührt worden, der sich in den Reden und Taten des ugandischen Staatschefs kundgetan hatte. Man hatte ihn angeblich aus den selbständigen afrikanischen Staaten verbannt und damit der Welt ein Beispiel gegeben; und nun war er wieder da, und zwar in einer Form, die diesmal von unzweifelhaft afrikanischer Herkunft war.

Somit hatte es für das übrige Afrika eine geradezu erlösende Wirkung, als General Amin einen Zielwechsel vornahm und seine Angriffe auf den britischen «Neokolonialismus» richtete, womit er in eine kontinental vertraute, akzeptierte und obligate Tonart einstimmt. Sogar sein eingeschworener Feind, Präsident Nyerere von Tansania, sah sich zu Sympathiebezeugungen veranlasst, als Amin die britischen Gesellschaften in Uganda afrikanisieren liess. Wie hätte es sich auch machen lassen, eine antikolonialistische Massnahme nicht gutzuheissen? Im übrigen hat Amin mit seiner Enteignung britischer Firmen keine Sozialisierung im Sinn, wenn seinen bisherigen Äusserungen zu glauben ist; profitieren sollen vielmehr einheimische Unternehmer, sozusagen eine afrikanische neue Klasse. Diese Politik mag vielleicht in den Augen Nyereres als eine verpasste Gelegenheit zum Uebergang in die Ordnung der Zukunft erscheinen, aber dafür ist sie vielleicht geeignet, afrikanische nichtsozialistische Staaten wie Kenia im Umgang mit Uganda zu entkrampfen. Kenia würde einer allzu eindringlichen Versöhnung Ugandas mit Tansania wahrscheinlich ohnehin nicht mit ganz ungetrübter Freude zuse-

hen. Es besteht die Möglichkeit, dass Tansania gemeinsam mit Somalia Ansprüche auf Territorien im nördlichen Kenia erheben wird, und solche Aussichten belasten diverse Kombinationen neuer Freundschaften.

## Die Afrikanisierung britischer Firmen: 500 oder 50?

Natürlich hängt nun in Uganda selbst einiges davon ab, wie lange Amin aus der Afrikanisierung seiner eigenen Art einen Erfolg machen kann. Es ist keineswegs ausgeschlossen, dass er sich schon nach einigen Wochen vor die Wahl gestellt sehen wird, dieses Vorgehen überhaupt aufzugeben (was kaum drin liegt) oder doch den Staat als Verwalter der übernommenen Betriebe einzusetzen und die Sozialisierung anlaufen zu lassen, unter welchen Namen auch immer. Vielleicht hat Nyereres rasche Billigung der ugandischen Massnahmen auch damit zu tun, dass er just diese Entwicklung am Horizont sieht. Wie sich die neuen afrikanischen Unternehmer ausnehmen sollen, ist ohnehin nicht ganz klar.

Freilich sind im gleichen Zusammenhang noch ganz andere Dinge unklar. Zum Beispiel die Frage, was es denn überhaupt an britischem Besitz zu enteignen gab. Hier sind merkwürdige Diskrepanzen zum Vorschein gekommen. Die britische Regierung ist nicht so sehr darüber erstaunt, dass Uganda zur Afrikanisierung geschritten ist (man hat sich in London schliesslich an derlei gewöhnt), als vielmehr aufrichtig darüber verblüfft, dass laut den Ankündigungen aus Kampala 500 britische Firmen von Ugändern übernommen werden sollen. Denn im Foreign Office kennt man lediglich 50 registrierte Gesellschaften, die ganz oder teilweise in britischem Besitz sind.

Bei solchen Proportionen lässt sich die Differenz kaum durch blosse Konfusion in den Aemtern von Kampala erklären, ganz abgesehen davon, dass es eigentlich gar keine Indizien für ein solches Chaos in den offiziellen Kreisen Ugandas gibt, ganz sicher nicht in diesem Ausmass. Gewiss, es hat konkrete Irrtümer gegeben, über die man mittlerweile Bescheid weiss. So hatte eine der ausdrücklich erwähnten Firmen bereits vor einigen Monaten zu existieren aufgehört, und bei einer andern stellt sich heraus, dass sie zwar in ausländischem Besitz ist, der aber nichts mit Grossbritannien zu tun hat, sondern mit Kenia. Falls Amin sie also doch haben will, muss er sie nicht afrikanisieren, sondern nur noch ugandisieren. Zu diesem Fall passt vielleicht Amins seltsamer Wunsch, den Elgon heissenden Berg an der Grenze zwischen Kenia und Uganda umzubenennen, weil er das Wort durchaus fälschlicherweise für europäisch hält.

Aber was immer es mit einzelnen Fällen für eine Bewandnis hat, der wirkliche Grund für die beiden total verschiedenen Versionen über die Zahl der britischen Firmen muss mangels anderer ernsthaften Möglichkeiten darin liegen, dass die ugandischen Zusammenstellungen jene Läden und Kleinbetriebe einschliessen, die den Asiaten mit britischem Pass gehörten, mit denen sich Amin ja bereits letztes Jahr «befasst» hat.

## Und wieder recht nett mit den Briten

Tatsächlich haben die Briten in Uganda während der letzten vier Wochen in Uganda die  
(Fortsetzung auf Seite 12)

# Die europäische Unsicherheitskonferenz

Was meinen Sie zu diesem Titel? Nicht besonders witzig, aber ungefähr das, was von professionellen Antikommunisten zu erwarten sei, ja? Nun, vielleicht, aber der professionelle Antikommunist, der das geprägt hat, war in diesem Falle ein gewisser Tschiao Kuan-hua, seines Zeichens Vorsitzender der chinesischen UNO-Delegation. Und die «europäische Unsicherheitskonferenz» betrachtete er als Manipulation der Supermächte, vornehmlich aber der Sowjetunion.

Gewiss, wir professionellen Antikommunisten hatten schon zuvor unsere Vorstellungen über die europäische Sicherheitskonferenz, über die sowjetischen Wünsche und Interessen an der Sache, über die Forderungen, die ein nicht nur auf Selbstbehauptung, sondern auch auf die echten Werte von Frieden, Entspannung und europäische Zusammenarbeit bedachter Westen durchaus offensiv an solchen gemeinsamen Gesprächen vorzulegen hätte. Vor Jahresfrist hatte das «ZeitBild» das in drei Fortsetzungen dargelegt. Die Voraussetzungen zu einer europäischen Friedensordnung in den neun «Punkten zur Frage der Glaubwürdigkeit» (Nr. 26/1971) samt den Fragen zur territorial immer noch unbewältigten braunen und braunroten Vergangenheit («Alle Abkommen mit Hitler sind ungültig!» in Nr. 1/1972) sind unserer Meinung nach inhaltlich immer noch und sogar erst recht aktuell. (Im übrigen ist noch auf die detaillierte Broschüre von Laszlo Revesz hinzuweisen, die letztes Jahr im SOI-Verlag zu diesem Thema erschienen ist: «Europäische Sicherheitskonferenz und sowjetische Völkerrechtslehre». Manuskriptdruck, Fr. 5.—.)

Nun, dem westlichen Zeitgenossen erscheint im Normalfall das, was die sattsam bekannten kalten Krieger vorbringen mögen, keiner Kenntnisnahme wert, und der Westen insgesamt versteht unter Entspannung vornehmlich das Entgegenkommen an sowjetische Begehren. Die Einbettung der Vorgespräche in Helsinki bot Beispiele dafür. Da liess etwa die norwegische Regierung ein sowjetisches U-Boot aus seinen Territorialgewässern entkommen (dass die Sache überhaupt bekannt wurde, lag nur daran, dass zufällig einige Leute das Schiff gesichtet hatten; die Regierung hätte von allein nichts gesagt), um die internationalen Entspannungsbemühungen nicht zu sabotieren. Eine nette Begründung. Angenommen, die Bulgaren hätten ein amerikanisches U-Boot bei Varna in ihren Territorialgewässern entdeckt und es festgehalten. Hätte man dann wohl ihnen Sabotage an der Entspannung vorgeworfen und nicht vielmehr den Amerikanern? Hier geht es keineswegs um irgendeinen «Fall Norwegen», sondern um den sehr typischen Stil westlicher Provokationsvermeidung.

Im übrigen hat es an den Verhandlungen in Helsinki so etwas wie Ansätze zu Wünschen gegeben, die ein selbstbewussterer Westen als Forderungen zu erheben hätte, deren Verweigerung durch die Sowjetunion laut und öffentlich als offenbare Friedensfeindlichkeit zu brandmarken wäre. So haben einige NATO-Staaten angeregt, auf der Sicherheitskonferenz die Mög-

lichkeiten eines freien Austausches von Gedanken und Informationen sowie eines freizügigen Reiseverkehrs zwischen Ost und West zu erörtern. Die Sowjetunion hat das als «Unverschämtheit» und als «flagrante Einmischung in die internen Angelegenheiten der sozialistischen Länder» taxiert. Wo bleibt die Reaktion darauf, dass die UdSSR diese Voraussetzung zur Entspannung einfach vom Tisch fegt?

Diese Reaktion ist nirgends, weil der Westen eben um alles nicht in den Jargon des kalten Krieges und des billigen Antikommunismus zurückfallen will. Und hier ist nun in aller Ausdrücklichkeit darauf hinzuweisen, dass just diese vermeintlich progressive Betrachtungsweise ausgesprochen antiquiert und ausgesprochen falsch ist. Denn wer sich heute faktisch und ausdrücklich gegen die sowjetische Hegemonie in Europa wendet, das sind Kommunisten. Kommunisten allerdings, die nicht oder nicht ganz unter sowjetischer Domination stehen. Und es gilt endlich, dieses Zeugnis zur Kenntnis zu nehmen, das den Anpassern das Alibi nimmt, alles, was sich gegen die sowjetische Domination wendet, als reaktionären Antikommunismus abzutun. Und wenn es schon als richtig gilt, auf die Vorstellungen von Kommunisten positiv einzugehen, dann sollte das nicht nur für jene gelten, die im Dienste der sowjetischen Supermacht stehen. Sie wird schliesslich von der grössten kommunistischen Partei der Welt als faschistisch und imperialistisch bezeichnet, und man ist sich doch hierherum in den frömmsten Kreisen einig, dass man gegen Imperialismus und Faschismus kämpfen muss, oder?

Es war Rumänien, ein kommunistisch regiertes Land, das in Helsinki die Selbstbehauptung gegenüber der sowjetischen Grossmacht wenigstens versucht hat (Albanien boykottiert die Konferenz, sonst hätte die Konfrontation noch ihre klassenkämpferischen Elemente gehabt). Es war Rumänien, das auf einen formellen und ausdrücklichen Souveränitätsbegriff aller Staaten Wert legte (was bei der Theorie und Praxis der Breschnew-Doktrin keineswegs überflüssig ist), und es war Rumänien, das die Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen verbieten wollte, »unabhängig von jeder Begründung und jedem Vorwand«, womit die «sozialistische» Begründung z. B. im Fall der CSSR deutlich anvisiert war. Etlichen westlichen Delegationen war das alles sehr peinlich, und man bemühte sich sofort um Kompromissvorschläge. Wäre das nicht die Gelegenheit zur Einsicht gewesen, dass ein fester «westlicher» Standpunkt tatsächlich im Interesse der östlichen Länder gelegen wäre? Was ist denn das für eine westeuropäische Stellungnahme, die immer noch weniger «westlich» ist als die Stellungnahme eines Warschauer-Pakt-Mitgliedes mit ein bisschen Ellbogenfreiheit gegenüber der Sowjetunion?

Die entschlossensten öffentlichen Verfechter einer europäischen Unabhängigkeit sitzen heute ohnehin nicht in den westlichen Hauptstädten, sondern in Peking. Es ist China, dass uns Europäer immer wieder zu etwas mehr Selbstbe-

hauptung der Sowjetunion gegenüber ermahnen muss, aber wir machen herzlich wenig aus dieser Schützenhilfe, die um so wertvoller ist, als sie nicht als kapitalistisch-reaktionär abgetan werden kann.

Wie sagte doch der chinesische Aussenminister Tschi Peng-fei beim Empfang seines britischen Kollegen Alec Douglas-Home?

*«Es ist nur natürlich, dass die Völker der europäischen Länder, die in diesem Jahrhundert zweimal unter Weltkriegskatastrophen gelitten haben, für Frieden und Sicherheit ihrer eigenen Region besorgt sind. Wir unterstützen die europäischen Länder in ihren Bemühungen, die Freiheit und Unabhängigkeit ihrer eigenen Länder zu verteidigen, den Frieden und die Sicherheit Europas zu gewährleisten. Wir sind der Meinung, dass die Lage in Europa erst dann erleichtert werden kann, wenn Unabhängigkeit und Souveränität sämtlicher europäischer Länder voll geachtet werden, wenn ihre gleichberechtigte Stellung voll anerkannt wird. Die Versuche einer Supermacht, hinter der Fassade von sogenannter Entspannung die Abgrenzung ihrer Einflussphären zu legalisieren und damit noch mehr europäischen Ländern ihre Herrschaft aufzuzwingen, können nur die Spannungen in Europa weiter verschärfen und sind völlig inakzeptabel.»*

Also: Wenn ihr es euch schon nicht von den «kalten Kriegern» sagen lassen wollt, lasst es euch wenigstens von den marxistischen Revolutionären sagen. cb

## Der etablierte Amin

(Fortsetzung von Seite 5)

Erfahrung gemacht, dass es mit den Drohungen Amins jedenfalls nicht so schlimm herauskommen ist, wie der Tonfall seiner Rede vom 18. Dezember hatte befürchten lassen. Gewiss könnte sich das noch ändern, aber unterdessen nimmt man an, dass nicht nur bezüglich der Enteignung britischer Gesellschaften, sondern auch bezüglich der Schikanierung britischer Staatsbürger das Aergste jetzt vorüber ist.

Eine Bestätigung hierzu wird darin gesehen, dass Amin trotz der schlechten Presse, die er und sein Regime in Grossbritannien gefunden haben, diesem Land gegenüber nun sozusagen die grossherzige Freundlichkeit des Triumphators an den Tag legt. Laut seiner Darstellung hat er «einen endgültigen Sieg über das imperialistische britische Empire» errungen und sagt nunmehr: «Ich werde jetzt, da die Briten nicht länger Herren in Afrika sind, die Freundschaft zu ihnen aufnehmen.»

Dem fügte er bei, dass Uganda im Commonwealth zu bleiben gedenke (man erinnert sich bei solchen Gelegenheiten, dass es das Ding noch gibt) und dass er, General Amin, baldmöglichst nach Grossbritannien eingeladen zu werden wünsche. Offenbar also will er die Brücken nicht abbrechen. Und er nimmt an, dass die britischen Unlustgefühle gegenüber seiner eigenen Person weniger ins Gewicht fallen als die Hinnahme seiner etablierten und international schon anderweitig beglaubigten Macht. Und bereits machen sich in der britischen Presse die ersten Anzeichen des Gefühls bemerkbar, dass man den Führer Ugandas nicht länger so verleumden dürfe. ■